

Bilanz 2024

Politische Erfolge

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*



Bilanz des Wirtschaftsrates 2024

Die zentralen politischen Erfolge

Das wirtschaftspolitische Jahr 2024 war einmal mehr geprägt von einer radikalen Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Mit ihren katastrophalen Fehlentscheidungen hat die selbst ernannte „Fortschrittskoalition“ die deutsche Wirtschaft in die Krise gestürzt. Eine dringend notwendige „Wirtschaftswende“ wollten SPD und Grüne nicht mitgehen. Konsequenterweise ist die Ampel daran zerbrochen, weitere schädliche Projekte wurden dadurch verhindert. Die Neuwahlen machen den Weg frei für einen wirtschaftspolitischen Neustart. Für den Wirtschaftsrat steht fest: Keinesfalls dürfen dabei die mit dem Koalitionsbruch auf Eis gelegten Ampelprojekte eine Renaissance erleben!

Die Ampeljahre waren für Deutschland nicht nur verlorene Jahre, die Ampel hat Deutschland sogar zurückgeworfen. So errechnete der IWF für das Jahr 2024 ein Bruttoinlandsprodukt von 42.622 Euro pro Bundesbürger. Das ist preisbereinigt weniger als vor dem Amtsantritt der links-gelben Regierung im Jahr 2021. Die Ampel hat Deutschland also tatsächlich ärmer gemacht – als erste Bundesregierung in der deutschen Geschichte! Während der drei Ampeljahre brach die Industrieproduktion gar um 8,8 Prozent ein, und die Investitionen von Staat und Unternehmen gingen um sechs Prozent zurück. Die Investoren sind regelrecht auf der Flucht aus der Bundesrepublik, wie Netto-Kapitalabflüsse von jährlich rund 100 Milliarden Euro seit 2021 belegen. Zugelegt hat in den Ampeljahren dagegen der öffentliche Dienst – um mehr als 170.000 Stellen. Dazu beigetragen hat der weitere Ausbau des Regulierungsdickichts, das von öffentlicher Seite überwacht werden will.

Unser Fazit: Die Ampelregierung hat Deutschland zum Strompreis-, Abgaben- und Regulierungsweltmeister gemacht. Die neue Bundesregierung ist gefordert, genau diese Fehlentwicklungen umzukehren und durch angebotsorientierte Strukturreformen eine neue Wachstumsdynamik zu entfesseln! Eben daran wird der Wirtschaftsrat mitwirken.

Mit der Unterstützung seiner Mitglieder wird der Wirtschaftsrat hierfür fundierte Handlungsempfehlungen erarbeiten und mit Nachdruck in die Politik tragen – wie er es bereits im Laufe des zurückliegenden schwierigen Jahres getan hat. Unsere Leistungsbilanz halten Sie in Ihren Händen.

So geht der Wirtschaftsrat in das 62. Jahr seines erfolgreichen Bestehens als kraftvolle Stimme der Sozialen Marktwirtschaft. Damit dieser Auftrag auch weiterhin gelingt, bitten wir gerade mit Blick auf die erforderlichen Weichenstellungen der neuen Legislaturperiode um die Mitwirkung jedes Einzelnen. Bringen Sie sich in den Wirtschaftsrat ein und tragen Sie dazu bei, dass Deutschland eine gute Zukunft hat. Ihr Engagement zählt!

Berlin, im Januar 2025

Astrid Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär



„Auch in schwierigen Zeiten muss die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft gehört werden. Der Wirtschaftsrat ist der Garant dafür.“

Friedrich Merz MdB

Vorsitzender der CDU Deutschlands, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1. Staatsmodernisierung

Neues Verständnis für Verwaltung geschaffen – Digitalministerium auf die Agenda gesetzt

Die Modernisierung der Verwaltung war eines der Kernthemen im Jahr 2024 – sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene. In Deutschland wurde die Notwendigkeit zur echten Staatsmodernisierung immer offensichtlicher. Auch im Zuge der EU-Wahlen nahm das Thema der Überregulierung einen zentralen Platz ein. Ein neues Verständnis davon, was Regulierung sein soll, ist auch in Brüssel mittlerweile dringender denn je. Das richtige Maß an staatlicher Regulierung muss neu ausgelotet, Staat und Markt müssen wieder in Balance gebracht werden. Es braucht eine neue, optimierte Verteilung von Zuständigkeiten und Eigenverantwortungen von Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür hat sich der Wirtschaftsrat auf sämtlichen Ebenen stark gemacht.

Gerade in den zurückliegenden zwölf Monaten vermochte es der Wirtschaftsrat, die Positionen der Union, was einen modernen Staat ausmacht, ganz wesentlich zu beeinflussen:

- In die Beschlüsse von CDU/CSU sind essenzielle Positionen und Forderungen des Wirtschaftsrates eingeflossen. Zentrale Forderungen, die sich auch in den Beschlüssen der Fraktion wiederfinden, sind die Stärkung der Praxistauglichkeit von Gesetzen, der Abbau von Redundanzen und doppelten Zuständigkeiten in der Bundesverwaltung, eine schnelle und sinnvolle Digitalisierung bürokratischer Prozesse sowie eine Reform bei der Umsetzung von EU-Richtlinien.



„Der Wirtschaftsrat ist der meinungsstarke Partner, der der Politik immer wieder wichtige Impulse gibt.“

Dr. Ursula von der Leyen

Präsidentin der Europäischen Kommission, Bundesministerin a. D.

- Über die reinen Aspekte der Regulierung hinaus hat die Union auch die Forderung des Wirtschaftsrates nach einer stärkeren Durchlässigkeit der öffentlichen Verwaltung für Quereinsteiger aufgegriffen. Der Wirtschaftsrat ist davon überzeugt, dass die Verwaltung sich noch stärker für Spezialisten, Quer- und Seiteneinsteigern öffnen sollte.
- Auch bei Vorschlägen zu einer Reform der Haushaltspolitik sind Empfehlungen des Wirtschaftsrates aufgegriffen worden. So soll der Erfolg staatlicher Mittelausgaben an klar definierte Ziele und Indikatoren geknüpft werden. Damit wäre die reine Mittelverausgabung als Erfolgsindikator abgelöst.
- Ein weiterer durchschlagender Erfolg war die Forderung des Wirtschaftsrates nach einem Digitalministerium auf Bundesebene. In den Positionen der Parteien der Sozialen Marktwirtschaft sind die konkreten Vorschläge des Wirtschaftsrates für ein Bundesministerium für Digitales eins zu eins aufgegriffen worden. Hierzu zählen insbesondere die Forderungen des Wirtschaftsrates, ein Bundesdigitalministerium mit einem starken Mandat auszustatten und Eingriffsrechte in beteiligte Ressorts zu gewähren. Auch wurde unser Vorschlag nach einer eigenen Budget-Kompetenz übernommen: Ein Digitalministerium muss eine ausreichende Budgetverantwortung erhalten, um wirksam zu sein, und muss ein Budget-Controlling der Digitalbudgets sämtlicher Ressorts durchführen.

Staatliche Überregulierung entsteht meist schon auf europäischer Ebene. Durch EU-Regulierung, die immer mehr Berichtspflichten konstituiert, wird der gesamte Wirtschaftsraum geschwächt, da wichtige Unternehmensressourcen für nicht unternehmensrelevante Tätigkeiten gebunden werden. Dieser Zustand hat sich über die vergangenen Jahrzehnte verselbstständigt. Der Wirtschaftsrat wird sich 2025 besonders der europäischen Regulierung und deren Umsetzung in deutsches Recht und Verwaltungshandeln – Stichwort „Goldplating“ – widmen. Es braucht eine Deregulierung der EU, damit die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder wirken können.

2. Finanzmärkte, Währung, Außenwirtschaft

Verständnis für strategische Rolle der Finanz- und Außenwirtschaft geschaffen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 führten zu einer Fokussierung auf die Schwerpunktsetzungen der neuen Legislaturperiode der Europäischen Kommission. In der EU-Gesetzgebung ist insbesondere die



Finanzmarktregulierung betroffen. Angesichts der zentralen Bedeutung der Finanzierung der Wirtschaft hat der Wirtschaftsrat die demokratischen Parteien der Mitte von der strategischen Rolle der Finanzwirtschaft für Wachstum und Wohlstand überzeugt. Ebenso haben wir die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber internationalen Märkten in den Mittelpunkt gestellt und politische Debatten geprägt:

- In den politischen Debatten über die Schuldenbremse hat der Wirtschaftsrat einen Gegenpunkt gesetzt und die dominierende Relevanz privaten Kapitals für die Investitionen der Wirtschaft in den politischen Positionen aufgegriffen. Hierzu zählt insbesondere die Forderung des Rates nach konkreten nationalen Schritten zur stärkeren Nutzung des Kapitalmarktes. Die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft sind der Argumentation gefolgt, dass ein deutscher Verbriefungsmarkt zusätzliche Finanzierungskapazitäten der deutschen Wirtschaft verschafft.
- Ebenso hat der Wirtschaftsrat erreicht, dass in den politischen Diskursen von CDU/CSU und FDP eine differenzierte Bewertung zu Sustainable Finance und ESG-Kriterien Einzug gehalten hat. In der Politik ist die Erkenntnis gereift, dass die binären Vorgaben aus EU-Taxonomie und Green Asset Ratio falsche Finanzierungsanreize setzen. Die Forderung nach einem politischen Konzept zur Übergangsförderung wurde aufgegriffen.
- Der Wirtschaftsrat hat über seine öffentlichkeitswirksamen Formate erfolgreich dazu beigetragen, dass der Zusammenhang zwischen tragfähigen öffentlichen Schulden einerseits und der Finanzmarktstabilität in der Eurozone andererseits Kernargument für das Festhalten an der Schuldenbremse geworden ist. Es ist auch der Standfestigkeit des Wirtschaftsrates in dieser volkswirtschaftlichen Grundsatzfrage zu verdanken, dass sich in der Bundesregierung die Auffassung glaubwürdige Schuldenregeln in der EU als Grundvoraussetzung für die Stabilität der Eurozone durchgesetzt hat.
- In der CDU/CSU im deutschen und europäischen Parlament, aber auch darüber hinaus, wurde ein veränderter, weitergehender Blick auf das EU-Projekt „Digitaler Euro“ erreicht. Der Wirtschaftsrat hat verstärkt die Chancen eines digitalen Euros für Anwendungen in der Industrie – Business-to-Business – aufgezeigt. Denn er ist überzeugt, dass ein Digitaler Euro nicht auf Verbraucher, sondern auf die Wirtschaft ausgerichtet werden muss. Hier haben wir ein politisches Umdenken unter den Gesetzgebern provoziert.
- Damit verbunden hat der Wirtschaftsrat ebenso einen Impuls für eine stärkere internationale Rolle des Euro gesetzt. Deutschland zählt zu den größten Exportnationen der Welt, der Außenhandel ist wesentlich für



„Beim Wirtschaftsrat fühlt man sich als Freier Demokrat willkommen, weil wir viele Grundüberzeugungen teilen.“

Christian Lindner MdB
Bundesvorsitzender der FDP,
Bundesminister a.D.

Wachstum und Wohlstand. Die finanzielle Souveränität durch einen starken Euro muss im Interesse Deutschlands liegen.

- Der Wirtschaftsrat erkennt seine Handschrift zu einer strategischen Außenhandelspolitik in Positionen der neuen EU-Kommission wieder. Die Handelspolitik muss stärker von Interessen der EU und Deutschlands geleitet sein, Freihandelsabkommen dürfen nicht mehr mit klimapolitischen und nicht handelspolitischen Themen überfrachtet werden.

Tiefgreifende Kontakte zu internationalen Partnern wurden verstetigt und weiter ausgebaut, u.a. den USA, der Volksrepublik China oder Indien. 2025 ist hier eine Wegmarke für die nationale, europäische und internationale Politik. Mehr denn je kommt es auf die richtigen Schritte auf das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit an. Die relevanten Fachgremien werden weiterhin ihre Arbeit auf dieses Ziel hin ausrichten und Expertise aus der Wirtschaft in die politische Meinungsbildung einbringen.

3. Sicherheit und Verteidigung

Handlungsfähigkeit und Resilienz gestärkt

Die geopolitischen Herausforderungen des Jahres 2024 – insbesondere der anhaltende Krieg Russlands in der Ukraine, der Konfliktherd im Nahen Osten und die strategische Rivalität mit China – haben die Bedeutung einer starken, handlungsfähigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstrichen.



„Der Wirtschaftsrat zeichnet sich durch seine ordnungspolitische Klarheit und marktwirtschaftliche Orientierung aus.“

Dr. Carsten Linnemann MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands



„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein deutsches Erfolgsmodell. Der Wirtschaftsrat steht dafür, dass es so bleibt. Gerade in Krisen müssen wir uns auf unsere Erfolgsprinzipien besinnen.“

Jens Spahn MdB

Stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands, Bundesminister a. D.

In diesem anspruchsvollen Umfeld hat der Wirtschaftsrat wichtige Impulse gesetzt, um die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu verbessern:

- Der Wirtschaftsrat setzte sich erfolgreich dafür ein, dass der Verteidigungshaushalt auf Rekordniveau angehoben wurde, um das Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigungsausgaben zu erreichen. Wenngleich noch weitere Steigerungen erforderlich sind, ermöglicht diese Richtungsentscheidung der Bundeswehr, dringend benötigte Investitionen in moderne Ausrüstung und Infrastruktur zu tätigen.
- Entsprechend der Forderung des Wirtschaftsrates wurde 2024 endlich damit begonnen, ein nationales Schutzraumkonzept zu entwerfen.
- Der Wirtschaftsrat hat sich in Gesprächen mit deutschen und europäischen Entscheidungsträgern erfolgreich für die Annahme der Strategie und Prognosen für die EU-Verteidigungsindustrie (EDIP) eingesetzt. Ziel war es, die Verteidigungsindustrie langfristig auf eine strategische Autonomie auszurichten und die Bereitstellung der notwendigen Mittel dafür sicherzustellen.
- Der Wirtschaftsrat hat durch seine gezielte Expertise und enge Kooperation mit europäischen Gremien dazu beigetragen, dass die EDIS klare Zielvorgaben für die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie formuliert.

Der Wirtschaftsrat wird auch 2025 seinen Beitrag leisten, um die Zeitenwende in der deutschen Verteidigungspolitik zu fördern und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands



„Der Wirtschaftsrat ist klar, inhalts- und positionstark. Er ist eine äußerst relevante Stimme und Impulsgeber im wirtschaftspolitischen Diskurs. Die Praktiker aus nahezu allen wirtschaftlichen Branchen, die sich im Wirtschaftsrat vernetzen, reden nicht drum rum, haben Lösungen parat und wollen an der aktuellen Wirtschaftskrise nicht verzweifeln, sondern gestärkt daraus hervorgehen. Das ist Unternehmertum. Das ist ein Stück Deutschland.“

Julia Klöckner MdB

Wirtschaftspolitische Sprecherin CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Schatzmeisterin der CDU Deutschlands, Bundesministerin a. D.

langfristig sicherzustellen. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Verteidigungsindustrie sowie für Unternehmen, die in sicherheitsrelevanten Bereichen tätig sind.

4. Steuern und Haushalt

Schuldenbremse erhalten und steuerpolitische Wegmarker gesetzt

Auch das steuer- und haushaltspolitische Jahr 2024 war von Krisen geprägt. Die erste Jahreshälfte stand im Zeichen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zur Schuldenbremse. Dieses führte zu umfangreichen Nacharbeiten am Bundeshaushalt 2024, die sowohl Verzögerungen als auch politische Spannungen nach sich zogen. In der zweiten Jahreshälfte trat das herannahende Ende der Ampel-Koalition immer deutlicher zutage. Eine der Hauptursachen für diese Entwicklung war der anhaltende Streit innerhalb der Regierungskoalition über den richtigen Umgang mit der Schuldenbremse, was die politischen Spannungen weiter verschärfte.

In diesen politisch unruhigen Zeiten geriet die unternehmerische Wirtschaft unter enormen Druck. Die andauernde wirtschaftliche Stagnation sowie die Diskrepanz zwischen großen politischen Ankündigungen und tatsächlichen Entlastungen führten zu wachsender Frustration in der Wirtschaft. Die so genannten „Entlastungen“ im Vorfeld der viel diskutierten Wirtschaftswende blieben weit hinter den Erwartungen des Wirtschaftsrates und seiner Mitglieder zurück. Zu häufig wurde stattdessen auf übermäßig bürokratische und kostspielige Investitions- und Förderprogramme gesetzt. Dagegen positionierte sich der Wirtschaftsrat im Schulterschluss mit anderen Verbänden und zahlreichen Stimmen aus der Wirtschaft. Er forderte eine umfassende Unternehmenssteuerreform sowie eine Entbürokratisierung des Steuerrechts. Forderungen, die im Laufe des Jahres zu zentralen Themen der öffentlichen Debatte wurden.

Als weitere Arbeitsergebnisse in der Haushalts- und Steuerpolitik sind anzuführen:

- Die Abschlussberichte der beiden Steuerreformkommissionen zur Reform der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung stimmen mit den Kernforderungen des Wirtschaftsrates überein. Dank zahlreicher Mitglieder ist es gelungen, die Forderung nach einer deutlichen Reduzierung des Unternehmenssteuersatzes auf unter 25 Prozent erfolgreich in die Diskussion einzubringen.
- Es ist dem Wirtschaftsrat gelungen, die drohende Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen, die in zahlreichen Gesetzesvorhaben immer wieder auftauchte, abzuwenden.



- Die Forderung des Wirtschaftsrates nach einer attraktiveren Thesaurierungsbegünstigung bei Personengesellschaften wurde durch das im Frühjahr verabschiedete Wachstumschancengesetz teilweise umgesetzt.
- Mit besonderer Genugtuung ist festzustellen, dass eine der Kernbotschaften des Wirtschaftsrates – „Steuerpolitik ist Standortpolitik“ – zum Leitmotiv der Diskussion um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit geworden ist.

Auch im Jahr 2025 wird sich der Wirtschaftsrat weiterhin für ein solides Fundament der deutschen Staatsfinanzen einsetzen. Daneben wird er sich dafür engagieren, dass die guten Reformvorschläge, unter anderem aus den Expertenkommissionen des Bundesministeriums der Finanzen, zur Reform der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung von einer neuen Bundesregierung schnellstmöglich umgesetzt werden. Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt wird hierbei die Reduktion der Steuerbürokratie sein.

5. Energie und Industrie

Fortschritte bei Dekarbonisierungsstrategien erzielt

Im Jahr 2024 hat die deutsche Regierung eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, die auf die Förderung nachhaltiger Energien und die Dekarbonisierung von Industrie und Verkehr abzielen. Diese Schritte entsprechen den langjährigen Forderungen des Wirtschaftsrates und tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf internationalen Märkten zu stärken. Die wichtigsten Maßnahmen umfassen:

- Förderung von Wasserstofftechnologien: Der Wirtschaftsrat hat mehrfach die Notwendigkeit betont, Wasserstofftechnologien als Schlüssel zur Dekarbonisierung von Industrie und Verkehr zu fördern. Die Ampel-Regierung hat im Mai 2024 das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz soll den Ausbau der Wasserstoffherzeugung, -speicherung und -infrastruktur beschleunigen.
- Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz: Am 5. Dezember 2024 wurde im Bundestag der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) erstmals diskutiert. Ziel der geplanten Änderung ist, die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) sowie die damit verbundenen Infrastrukturen bis Ende 2030 zu verlängern, wie es auch vom Wirtschaftsrat gefordert wird.
- Klimaneutrale Verbrennungskraftstoffe: Der Wirtschaftsrat forderte eine stärkere Nutzung klimaneutraler Kraftstoffe wie HVO 100, einem Dieselsatzkraftstoff aus Reststoffen. Die Nutzung von HVO 100 wurde

2024 freigegeben, was einen Fortschritt in der Förderung klimafreundlicher Kraftstoffe darstellt.

- Erweiterung der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität: Der Wirtschaftsrat forderte eine verstärkte Förderung der Elektromobilität und der Ladeinfrastruktur. Die Ampel-Regierung investierte in den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Die Anzahl der öffentlichen Ladestationen wurde 2024 deutlich erhöht, mit dem Ziel, eine Million Ladepunkte bis 2030 zu erreichen, um die Elektromobilität als nachhaltige Alternative zu fossilen Brennstoffen zu etablieren.

Der Wirtschaftsrat wird auch 2025 weiterhin aktiv an der Umsetzung und Weiterentwicklung dieser wichtigen Dekarbonisierungsstrategien mitwirken. Dabei bleibt der Rat ein entschiedener Befürworter innovativer Technologien und politischer Maßnahmen, die Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten langfristig sichern und die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft weiter vorantreiben.

6. Umwelt und Klima

Lösungsorientierung gegenüber Ideologie gestärkt

Berlin und Brüssel setzten auch im Jahr 2024 auch in der Umwelt- und Klimapolitik auf die falschen Prioritäten. In geopolitisch und strukturell angespannten Zeiten wurde in diesen wichtigen Politikfeldern eine regulatorische Welle zulasten der Wirtschaft vorangetrieben. In vielen Fällen ist es dem Wirtschaftsrat gelungen, die schwerwiegendsten Fehlentwicklungen zumindest aufzuhalten, an anderer Stelle positive Entwicklungen anzustoßen.

Gegen erhebliche Widerstände konnte der Wirtschaftsrat erreichen:

- Nach mehreren Gesprächen und öffentlichen Forderungen einigte sich die Bundesregierung darauf, die Anwendung von CO₂-Abscheidung in allen Bereichen außer der Kohleverstromung zu erlauben und ging dabei weit über den vorherrschenden Diskurs hinaus.
- Der Wirtschaftsrat konnte die mit der Einführung der europäischen Lieferkettenrichtlinie verbundenen Gefahren gegenüber der Bundesregierung deutlich machen, die sich in der entscheidenden Abstimmung letztlich enthielt.
- Der permanente Druck des Wirtschaftsrates trieb die wirtschaftspolitische Prioritätensetzung im Wahlkampf der EVP an, die sich auch bei den ersten Ankündigungen der neuen EU-Kommission fortschreiben.



„Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, Dank zu sagen dafür, dass der Wirtschaftsrat eine verlässliche Stimme für die Soziale Marktwirtschaft in unserem politischen Ökosystem ist. Wir brauchen diese Stimme. Sie kann nicht laut genug sein in dieser Zeit.“

Nathanael Liminski

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei

- Die Bundesregierung sprach sich nach mehreren Gesprächen mit dem Wirtschaftsrat gegen ein Pauschalverbot von PFAS aus.

Im Wahljahr 2025 gilt es energisch dafür einzutreten, dass die vielfach gegenüber dem Wirtschaftsrat getätigten Versprechen nach einer signifikanten Verschlankung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, einem regulatorischen Belastungsmoratorium und einem Rückbau von Berichterstattungspflichten eingelöst werden. Zugleich muss Deutschland eine gestaltende Kraft bei der Verbindung von wirtschaftlicher Prosperität mit dem Erhalt von Klima und Umwelt sein. Darauf wird der Wirtschaftsrat drängen.

7. Verkehr

Funktionalität der Verkehrsinfrastruktur gestärkt

In seiner verkehrspolitischen Arbeit hat der Wirtschaftsrat einmal mehr darauf gedrungen, die Infrastruktur zu einem klaren Investitionsschwerpunkt der Bundesregierung zu machen. Denn ohne ausreichende Finanzierungsgrundlage wird der Substanzverzehr an Straßen, Brücken, Schienen- und Wasserwegen anhalten und nicht nur unsere Mobilität, sondern auch Wohlstand gefährden. Doch die so genannte „Fortschrittskoalition“ hat sich gegenseitig blockiert, wenn es um das Umsetzen entsprechender Gesetzesinitiativen ging, und sie machten es zu ihrer Strategie – zu Lasten des Wirtschaftsstandortes. So ist die Koalition trotz aller Bekenntnisse weder beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der Schiene, der Finanzausstattung der Autobahn GmbH noch bei den zentralen strukturellen Finanzierungsfragen substantiell vorangekommen. Auch in der Verkehrspolitik wird es Aufgabe der kommenden Bundesregierung sein, das Versäumte aufzuholen.



„Der Wirtschaftsrat steht mit seiner volkswirtschaftlichen Perspektive für klare Kante. Diese starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft brauchen wir gerade jetzt.“

Christian Dürr MdB

Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Die Handschrift des Wirtschaftsrates im abgelaufenen politischen Jahr:

- Das Bekenntnis der Union am Vorabend der Bundestagswahl zur Absicherung der Verkehrswegeinvestitionen über ein Fondsmodell sowie der Einbindung privaten Kapitals setzt auf einer konzeptionellen Vorarbeit des Wirtschaftsrates auf.
- In gleicher Weise ist die Union der zentralen Forderung des Wirtschaftsrates gefolgt, die Trennung von Netz und Betrieb auf der Schiene herbeizuführen. Dies wird nicht nur einen Effizienzschub für Investitionen in das Schienennetz auslösen, sondern auch dessen neutrale Bewirtschaftung ermöglichen, den Wettbewerb stärken, bessere Angebote im System Bahn schaffen.
- Noch von der Ampelkoalition aufgegriffen wurden Empfehlungen für dringend erforderliche Erleichterungen für den Großraum- und Schwerlastverkehr, zum Beispiel die Vorverlegung des Beginns von Nachtfahrten auf 20.00 Uhr statt bisher 22.00 Uhr oder die Einführung eines Richtwerts von zwei Wochen für die Dauer der Antragsbearbeitung für derartige Transporte. Eingang fanden diese in eine Novelle einer Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung.
- Umgesetzt wurde auch die Anregung des Wirtschaftsrates zur wirtschaftlichen Nutzung von Photovoltaik entlang der Bundesautobahnen. Dabei wird die Autobahn GmbH das Recht erhalten, entsprechende Anlagen selbst zu betreiben oder die Nutzungsrechte an interessierte Dritte, wie etwa Anlieger oder Investoren, zu vergeben.
- Im ebenfalls noch verabschiedeten Mobilitätsdatengesetz fand zudem das langjährige Werben des Wirtschaftsrates für einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Datenbereitstellung Berücksichtigung. Durch den freien Zugang zu Mobilitätsdaten werden künftig neue Geschäftsmodelle und Dienstleistungen im Mobilitätssektor ermöglicht.

Auch 2025 wird sich der Wirtschaftsrat engagiert für eine Stärkung des Verkehrsnetzes aus Straßen, Schienen, Wasserstraßen, Häfen und Flughäfen einsetzen. Ein besonderer Fokus hierbei wird auf der Entwicklung von konkreten Fondsmodellen für mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit von Infrastrukturinvestitionen liegen. Dabei soll es unter anderem darum gehen, privates Kapital zu aktivieren und vor allem auch konkrete Vorschläge für das nachgeordnete Netz zu entwickeln. Darüber hinaus wird und muss der Schutz kritischer Infrastrukturen auf der Agenda der verkehrspolitischen Arbeit stehen.



8. Immobilien

Kurswende in der Bau- und Wohnungspolitik vorbereitet

Steigende Bauzinsen und -preise sowie immer neue Auflagen und Standards haben die Baukosten in Deutschland explodieren lassen und den Wohnungsbau, da eine Refinanzierung kaum mehr möglich ist, nahezu komplett zum Erliegen gebracht. Hinzu kam eine enorme Belastung durch die überfordernden Vorgaben des zum 1. Januar 2024 in Kraft getretenen so genannten „Heizungsgesetzes“. All das vollzog sich in einer Situation, in der die Nachfrage nach Wohnraum gerade in den Städten und aufgrund unverändert hoher Migration nach Deutschland anhaltend größer als das Angebot ist. Parallel ließ die grüne Inflation in Folge einer fehlgeleiteten Energiepolitik die Nebenkosten zur „zweiten“ Miete avancieren. Im Ergebnis all dessen wurde Wohnen zu der sozialen Frage unserer Zeit. Der Ampelkoalition jedoch fehlte – abgesehen von viel zu späten, viel zu zaghaften und letztlich dann doch nicht mehr umgesetzten Maßnahmen wie die geplante Novelle des Baugesetzbuches – die Kraft oder auch der politische Wille zur grundlegenden Kurskorrektur. Es wird Aufgabe der neuen Bundesregierung sein, hier zum großen Befreiungsschlag auszuholen.

Die politische Bilanz des Wirtschaftsrates in diesem grundsätzlich schwierigen Umfeld:

- Die Union ist auf eine der zentralen Forderungen des Wirtschaftsrates eingegangen und will nach einem Regierungswechsel den Neubaustandard nicht weiter verschärfen. Bereits der Standard EH55 bringe Wirtschaftlichkeit und Nutzen in ein gutes Verhältnis, so das richtungsweisende Bekenntnis.
- Union, FDP und auch SPD haben signalisiert, das zu kleinteilige, dirigistische und zu wenig technologieoffene „Heizungsgesetz“ in der neuen Legislaturperiode überarbeiten zu wollen und den Fokus wieder auf Marktcomponenten wie den CO₂-Preis zu legen. Das beharrliche Werben der Bundesfachkommission Bau, Immobilien, Smart Cities für einen Rückzug des Staates aus dem Klimaschutz sowie die kontinuierliche Medienarbeit des Wirtschaftsrates haben hierzu einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet.
- Übernommen wurden von CDU und SPD zudem der Ansatz, die politische Betrachtung weg von der Energie hin zur Emissionseffizienz eines Gebäudes zu lenken, konkret weg vom Dämmen hin zur grünen Wärme. Die bis dato zu starke Fokussierung auf Energieeffizienzklassen hat nicht nur die Baukosten befeuert, sie ist in ihrer Klimawirkung maximal ineffizient. Entscheidend ist, dass



„Unternehmensverbände - und insbesondere der Wirtschaftsrat – sind von entscheidender Bedeutung für die Mitglieder des Bundestages. Sie konfrontieren die Politik immer wieder mit der wirtschaftlichen Realität.“

Philipp Amthor MdB

Mitglied des Bundesvorstandes und Mitgliederbeauftragter der CDU Deutschlands

CO₂-Emissionen vermieden wird. Der Hebeleffekt durch grün erzeugte Wärme ist hier eindeutig größer.

- Im Dialog mit den Freien Demokraten aufgehoben werden konnte die von SPD und Grünen forcierte weitere Verschärfung der Mietenregulierung.
- Aufgegriffen, letztlich aber nicht mehr verabschiedet, wurde die mit dem Gesetzentwurf zum „Gebäudetyp E“ langjährig vorgetragene Anregung nach einfacheren Baustandards, um Baukosten zu senken und den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln. Es bleibt Auftrag, für die Umsetzung in der neuen Legislaturperiode zu sorgen.

Die Bundesfachkommission wird sich auch 2025 nachdrücklich für die Schaffung investitionsfreundlicherer Rahmenbedingungen für den Immobiliensektor einsetzen. Konkret wird die Fachkommission weiter an validen Konzepten arbeiten, mit denen es gelingt, die Wohnungsbautätigkeit wiederzubeleben und die ehrgeizigen Klimaschutz- und -effizienzziele zu erfüllen – damit Wohnen in Deutschland bezahlbar bleibt.

9. Digitalisierung und Innovation

Fundament für mehr Innovationskraft und eine beschleunigte Digitalisierung der Wirtschaft geschaffen

Eine der großen Herausforderungen Deutschlands liegt in einer anhaltenden Innovationschwäche und damit verbunden in einer nur langsam vorangehenden Digitalisierung. Im europäischen Innovations-Ranking ist Deutschland nur noch Mittelmaß und liegt bei der Digitalisierung aktuell nur noch knapp über dem EU-Durchschnitt. Um als Industrie- und Exportnation im internationalen Wettbewerb künftig bestehen zu können, braucht unser Land ein leistungsstarkes Startup-Ökosystem als Innovations-treiber, einen umfassenden Ausbau seiner digitalen Infrastruktur als Wegbereiter für die notwendige digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie für die Entwicklung und Nutzung von Schlüsseltechnologien wie die Künstliche Intelligenz und schließlich eine resiliente Cybersicherheitsarchitektur.



Die Handschrift des Wirtschaftsrates:

- Für die anstehende Umsetzung der NIS-2-Richtlinie in nationales Recht ist es der Bundesfachkommission Cybersicherheit in Gesprächen mit der Bundesregierung gelungen, ein „Gold-Plating“ Deutschlands einzuschränken. Insbesondere die angedachte Ausdehnung persönlicher Haftung bei Sicherheitsverletzungen konnte verhindert werden.
- Auch beim Ausbau der digitalen Infrastruktur macht Deutschland dank der Arbeit der Bundesarbeitsgruppe Digitale Infrastruktur weitere Fortschritte. So konnten 2024 durch eine kraftvolle Medienarbeit des Wirtschaftsrates für die Notwendigkeit der Ertüchtigung der digitalen Infrastruktur beispielsweise Rekordinvestitionen in den Breitband- und 5G-Ausbau realisiert werden.
- Für eine Innovations- und wirtschaftsfreundliche Umsetzung des EU AI Acts konnte sich die Bundesfachkommission Künstliche Intelligenz in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) einsetzen. Ihr ist es gelungen, dass die nationale Aufsichtsbehördenstruktur zukünftig nicht bei den Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder liegt, sondern zentral bei der Bundesnetzagentur, wodurch ein zweites Datenschutzgrundverordnungsdesaster verhindert wird.
- Ein großes Problem, mit dem das Startup-Ökosystem in Deutschland zu kämpfen hat, ist die unzureichende Verfügbarkeit von Risikokapital über alle Wachstumsphasen. Die Bundesarbeitsgruppe Startups meet Finance erreichte in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Bundesministerium für Finanzen und der KfW, dass über zwölf Milliarden Euro an privatem Wagniskapital für das Startup-Ökosystem in Deutschland aktiviert werden.
- Für die Digitale Transformation Deutschlands setzte sich die Bundesfachkommission Digitale Transformation ein und erreichte etwa den angelaufenen Aufbau

einer digitalen Plattform für das Wasserstoffkernnetz als One-Stop-Shop, oder auch die Schaffung eines digitalen Antrags- und Beteiligungsportals für Verkehr und Offshore-Vorhaben.

- In der Medienwirtschaftspolitik hat sich die zuständige Bundesarbeitsgruppe aktiv in die Reform der Filmförderung eingebracht und einige der CDU-geführten Landesregierungen von der Notwendigkeit einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks überzeugt.

Auch 2025 werden sich Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen des Wirtschaftsrates für die Ertüchtigung der digitalen Infrastruktur, weniger Bürokratie im Cybersicherheitsbereich, innovations- und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen für die Anwendung von künstlicher Intelligenz, ein leistungsstarkes Startup-Ökosystem, eine zukunftsfähige Medienwirtschaft und eine beschleunigte digitale Transformation Deutschlands einsetzen.

10. Arbeitsmarktpolitik

„Fördern und Fordern“ als Leitprinzip gestärkt

Seit dem Start der Ampelkoalition hat der Wirtschaftsrat das so genannte „Bürgergeld“ als „bedingungsloses Grundeinkommen light“ scharf kritisiert. Stattdessen haben wir uns für die Rückkehr zum erfolgreichen Grundprinzip des „Förderns und Forderns“ als Kern der Hartz-Reformen eingesetzt. Dem ist die CDU bereits Mitte des Jahres in ihrem Grundsatzprogramm gefolgt und hat schon signalisiert, dass sie nach einem Wahlsieg das Bürgergeld abschaffen und stattdessen arbeitsfähige Transferempfänger wieder stärker in die Pflicht nehmen würde.

Das neue CDU-Grundsatzprogramm ist erfreulich klar durchdrungen vom Geist der Leistungsorientierung, Subsidiarität und Eigenverantwortung. Voll und ganz der Linie des Wirtschaftsrates entsprechend, heißt es dort: „Es braucht mehr Anreize, Arbeit anzunehmen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Arbeit ist eine solidarische Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft. (...) Wer arbeitsfähig ist, Sozialleistungen erhält und sich angebotener Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung verweigert, muss finanziell spürbar schlechter stehen als jemand, der sich aktiv um Arbeit bemüht. Das ist Solidarität gegenüber denjenigen, die arbeiten und mit ihren Steuern und Beiträgen die Sozialleistungen finanzieren. Der Grundsatz ‚Fördern und Fordern‘ muss immer gelten.“

Die Top-Entscheider der CDU haben angekündigt, dass sich die Partei an diesen Maximen auch im Wahlkampf sowie gegebenenfalls als künftige Regierungspartei orientieren wird, und das ist auch gut so. Denn klar ist: Arbeit muss sich



„Der Wirtschaftsrat bietet Verantwortungsträgern aus Wirtschaft und Politik Raum zum offenen Austausch. Die Herausforderungen unserer Zeit, die Globalisierung, die Digitalisierung oder der Klimawandel, machen die facettenreiche Expertise innerhalb des Wirtschaftsrates besonders wertvoll. Auch in stürmischen Zeiten hat er einen klaren Wertekompass: Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung.“

David McAllister MdEP

Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und der Internationalen Demokratischen Union und Ministerpräsident a. D.



wieder lohnen, ein Recht auf Müßiggang auf Kosten der Steuerzahler darf es nicht geben.

Nicht nur mit Blick auf die neue Legislaturperiode, sondern auch bereits in 2024 konnte der Wirtschaftsrat auf dem Feld der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bedeutende Erfolge erzielen, indem er der FDP gegenüber SPD und Grünen den Rücken gestärkt hat und schädliche Projekte der Ampelkoalition mit verhindern konnte:

- Kein teures Bürokratiemonster „Kindergrundsicherung“, das Transferbezug noch lohnender gemacht hätte;
- Kein so genanntes „Tariftreuegesetz“ mit noch höheren Mindestlöhnen für alle Unternehmen, die Aufträge des Bundes annehmen;
- Kein Rentenpaket II mit 500 Milliarden Euro Zusatzlasten für die Beitragszahler in den kommenden 20 Jahren, das Arbeit massiv verteuert und unattraktiver gemacht hätte.

Auch in der neuen Legislaturperiode wird der Wirtschaftsrat für Sparsamkeit in den Sozialversicherungen, eine Stärkung der Arbeitsanreize und für flexible, aufnahmefähige Arbeitsmärkte streiten. Vorrangig sind neben der Überwindung des Bürgergeldes: die Rücknahme der Einschränkungen für die Zeitarbeit, mehr Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn, eine Fokussierung auf die wöchentliche anstelle der täglichen Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz, die Entschlackung der Betriebsstättenverordnung sowie Rechtsicherheit beim Einsatz externer Experten. Diese Weichenstellungen lindern auch den Arbeitskräftemangel und sind etwa durch eine Erleichterung qualifizierter Zuwanderung zu flankieren.

11. Gesundheit

Zentrale Forderungen für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem politisch verankert

Eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung basiert auf einer modernen, leistungsfähigen Medizin und einer soliden, nachhaltigen Finanzierung – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels. Die von der Ampelkoalition angekündigten und teils verabschiedeten Reformen bringen jedoch mehr Verunsicherung als Verbesserung und stellen das deutsche Gesundheitswesen, insbesondere die Krankenhauslandschaft, vor große Herausforderungen. Bei alledem haben auch im Jahr 2024 die Bundesfachkommissionen Gesundheitswirtschaft und Digital Health sowie die Bundesarbeitsgruppen Krankenhaus



„Wenn es den Wirtschaftsrat nicht schon geben würde, in einer Zeit, in der es um das wirtschaftliche Überleben der Unternehmen geht, wäre jetzt die richtige Zeit, ihn zu gründen.“

Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

und Pflege des Wirtschaftsrates als wichtige gesundheitspolitische Impulsgeber gewirkt.

Folgende zentrale Punkte konnten eingebracht werden:

- Krankenhausreform: Der Wirtschaftsrat hat sich als einer der profiliertesten Kritiker der Krankenhausreform der Ampelkoalition positioniert. Gemeinsam mit anderen Verbänden konnte die Verabschiedung des Gesetzes verzögert werden. Nun arbeitet der Wirtschaftsrat an konstruktiven Vorschlägen zur Optimierung des Gesetzes nach dessen Billigung im Bundesrat und startet mit einer Kampagne zur Krankenhausreform in das Jahr 2025.
- Pflegeversicherung: Die Politik hat die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der Pflegeversicherung anerkannt. Der Regierungsbericht zur zukunftsfähigen Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung enthält Szenarien, die auch die Eigenvorsorge durch Zusatzversicherungen umfassen – eine zentrale Position des Wirtschaftsrates.
- Sozialabgabenquote: Die Bedeutung der Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialabgabenquote ist inzwischen parteiübergreifend erkannt. Der Wirtschaftsrat hat frühzeitig vor den Belastungen massiv steigender Sozialabgaben gewarnt.
- Digitalisierung im Gesundheitswesen: Mit der Einrichtung eines Datenforschungszentrums wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Innovation durch Datennutzung im Gesundheitswesen unternommen. Der Wirtschaftsrat hat seit Langem für einen freieren und effizienteren Umgang mit Patientendaten plädiert und zur Umsetzung beigetragen.
- Medizinforschungsgesetz: Das Medizinforschungsgesetz setzt neue Anreize für Pharmaunternehmen, in Deutschland zu investieren und zu produzieren. Nicht zuletzt durch klarere Regelungen und vereinfachte Regularien besteht wieder ein Anreiz, klinische Studien auch in Deutschland durchzuführen. Vor den Risiken von Lieferengpässen und der Abhängigkeit von internationalen Produzenten hat der Wirtschaftsrat frühzeitig gewarnt und diesen Erfolg mitgestaltet.



„Danke an den Wirtschaftsrat für seine aktive Begleitung unserer politischen Entscheidungen. Es ist sehr wohltuend, dass der politische Horizont des Rates nicht an den deutschen Grenzen endet, sondern immer auch unsere Nachbarn in Europa, die EU und die gesamte weltwirtschaftliche Realität mit im Blick hat. Das steht uns als weltoffener Exportnation gut an.“

Daniel Caspary MdEP

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Auch im Jahr 2025 wird der Wirtschaftsrat die Weiterentwicklung der Gesundheitsgesetzgebung engagiert begleiten. Der Fokus liegt dabei auf konstruktiven Vorschlägen zur Umsetzung der Krankenhausreform nach der Verabschiedung des unausgereiften Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes. Besonders wichtig ist für den Wirtschaftsrat auch die Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem bleibt der Abbau bürokratischer Hürden eine zentrale Priorität, um medizinische Fachkräfte zu entlasten und ihnen mehr Zeit für ihre Kernaufgaben in der Patientenversorgung zu schaffen. Der Wirtschaftsrat wird zudem seine Forderungen nach einem verbesserten, datenschutzkonformen, aber auch unbürokratischerem einheitlichen Zugang zu Gesundheitsdaten auch im nächsten Jahr weiter verfolgen, um den Weg für medizinische Forschung und schnellerer Innovationen für alle Beteiligten zu ebnet.

12. Ernährung

Regulatorische Über(be)lastung verhindert und abgetragen

Die Anforderungen an Lebensmittel sind in Deutschland zu Recht hoch: Sie reichen von Qualität und Sicherheit über das Preis-Leistungs-Verhältnis bis hin zu Tierwohl- und Nachhaltigkeitsaspekten. In Umfragen sind die Verbraucher oft bereit, einen höheren Preis für nachhaltige Produkte zu zahlen, bei der tatsächlichen Kaufentscheidung sieht die Wirklichkeit indes anders aus. Gleichzeitig rücken Ernährungswirtschaft und auch Handel immer stärker in den Fokus identitätspolitischer Debatten.



„Der Wirtschaftsrat ist ein Forum, wo politische Entscheidungsträger und Praktiker aus der Wirtschaft sich regelmäßig treffen und im Austausch sein können.“

Dr. Robert Habeck MdB

Vizekanzler und Bundesminister
für Wirtschaft und Klimaschutz

Als gefragter Ansprechpartner der Politik hat der Wirtschaftsrat auch im abgelaufenen Jahr 2024 mit seinen ernährungspolitischen Fachgremien im Bund wie in den Ländern Weichenstellungen entscheidend mitgeprägt:

- In intensiven Gesprächen mit den Freien Demokraten, vor allem aber auch durch eine konstante Medienarbeit wurde der Druck auf das geplante Lebensmittelverbot des grün geführten Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung aufrechterhalten. Letztlich konnte das übergreifende Vorhaben aufgehalten werden, so dass es nicht mehr Eingang in die Gesetzbücher fand.
- In Brüssel hat sich der Wirtschaftsrat erfolgreich dafür eingesetzt, mehrere bestehende Gesetze im Zusammenhang mit der Umsetzung des Green Deals durch eine sogenannte Omnibus-Gesetzgebung zu überarbeiten. Die neue Europäische Kommission wird nun enorm bürokratische Berichtspflichten aus der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD, der Taxonomieverordnung und der Lieferkettenrichtlinie CSDDD stärker zusammenfassen.
- Erfolgreich gedungen hatte der Wirtschaftsrat zudem auf Vereinfachungen der Öko-Regelungen – jenen Maßnahmen, durch die konventionell, wie biologisch oder regenerativ wirtschaftende Betriebe für freiwillige Umweltleistungen honoriert werden. So wurden den Empfehlungen folgend Form- und Größenvorgaben für Blühstreifen reduziert.
- Von der Bundesregierung aufgegriffen wurde überdies ein Vorschlag zur Anpassung des Vergaberechts, konkret der Ausschreibungskriterien in der Gemeinschaftsverpflegung. Der Wirtschaftsrat hatte sich erfolgreich dafür eingesetzt, das in der Gemeinschaftsverpflegung nicht mehr überregional ausgeschrieben werden muss. Ansinnen war es, die Wertschöpfung vor Ort und die Regionalität für Kantinen zu stärken.

In der neuen Legislaturperiode wird es entscheidend darauf ankommen, den Dialog mit den politischen Spitzen- und Fachpolitikern aus Parlament und Regierung noch einmal zu intensivieren, um für die Branchenunternehmen dringend erforderliche marktwirtschaftliche Freiräume zu erhalten. Die Schwerpunkte werden in allen Regulierungsfragen rund um die Themenbereiche gesunde Ernährung, Kennzeichnung, Quotierung und vor allem auch Verpackungen liegen.



Präsidium



PRÄSIDENTIN
Astrid Hamker
 Gesellschafterin und
 Mitglied des Beirates
 Piepenbrock Unternehmens-
 gruppe GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENTIN
Bettina Würth
 Vorsitzende des Beirates
 der Würth-Gruppe
 Adolf Würth GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENT
Dr. Karsten Wildberger
 CEO
 CECONOMY AG



SCHATZMEISTER
**Dr. Joachim Freiherr von
 Schorlemer**
 Berater des Vorstands
 ING-DiBa AG
 Frankfurt/Main



Paul Bauwens-Adenauer
 Geschäftsführender
 Gesellschafter
 Bauwens GmbH & Co. KG



Rainer Berthan
 Vorstandsvorsitzender
 Bauerfeind AG



Dr. Nikolaus Breuel
 Geschäftsführender
 Gesellschafter
 Karl-J. Kraus & Partner GmbH



Heike Eckert
 Mitglied des Vorstandes
 Deutsche Börse AG



Dr. Jürgen M. Geißinger
 Vorsitzender des
 Aufsichtsrats
 Bizerba SE & Co.KG



Kai Hankeln
 Geschäftsführer
 HANKELN ADVISORY GmbH



Prof. Dr. h.c. mult.
Roland Koch
 Ministerpräsident a. D.
 Vorsitzender der Ludwig-
 Erhard-Stiftung



Matthäus Niewodniczanski
 Geschäftsführender
 Gesellschafter Bitburger
 Holding GmbH



Joachim Rudolf
 Geschäftsführer
 Rudolf Lichtwerbung GmbH



Thomas Saueressig
 Mitglied des Vorstands
 der SAP SE, SAP Product
 Engineering
 SAP SE



Dr. Stefan Schulte
 Vorsitzender des Vorstandes
 Fraport AG



Christian Sewing
 Vorsitzender des Vorstands
 Deutsche Bank AG



Wolfgang Steiger
 Generalsekretär
 Wirtschaftsrat der CDU e.V.



**Christian Freiherr von
 Stetten MdB**
 Vorsitzender Parlamentskreis
 Mittelstand, Handwerks-
 und Mittelstandspolitische
 Sprecher der CDU/CSU-
 Bundestagsfraktion



Selina Stihl
 Stellv. Vorsitzende des Beirates
 der STIHL Holding AG & Co. KG,
 Mitglied des Aufsichtsrats
 der STIHL AG
 ANDREAS STIHL AG & Co. KG



Dr. Michael Strugl
 Vorsitzender des Vorstands
 Verbund AG



Bundesvorstand

Neben den Mitgliedern des Präsidiums gehören dem Bundesvorstand an:

Angela Aicher

Stiftungsrat
Max Aicher GmbH & Co. KG

Steffen Beck

Rechtsanwalt/FA
für Insolvenzrecht,
Geschäftsführender
Gesellschafter
PLUTA Rechtsanwalts GmbH

Frank Becker

Geschäftsführender
Gesellschafter
Salzenbrodt GmbH & Co. KG

Christina Block

Mitglied des Aufsichtsrates
Eugen Block Holding GmbH
(Block Gruppe)

Dr. Christian von Boetticher

Minister a.D.

Dr. Peter C. G. Davids

Vorsitzender der
Geschäftsführung
Deusa International GmbH

Jan-Christian Dreesen

Vorstandsvorsitzender
FC Bayern München AG

Dr. Albert Dürr

Geschäftsführender
Gesellschafter
WOLFF & MÜLLER Holding
GmbH & Co. KG

Nurten Erdogan

CFO
ING-DiBa AG

Uwe Fröhlich

Co-Vorstandsvorsitzender a.D.
DZ Bank

Daniela Geretshuber

Chief People Officer
PricewaterhouseCoopers GmbH

Thies G.J. Goldberg

Geschäftsführender
Gesellschafter
Goldberg Consulting GmbH

Corinna Grajetzky

Director for European Affairs
ENGIE

Johann Christoph Harras-Wolff

Geschäftsführender
Gesellschafter
Dr. Kurt Wolff GmbH & Co. KG

Axel Hellmann

Vorstandssprecher
Eintracht Frankfurt Fußball AG

Karl Friedrich Fürst von Hohenzollern

Unternehmensgruppe Fürst von
Hohenzollern

Dr. Marianne Janik

Vice President EMEA North
Google Germany GmbH

Marius-Quintus Jäger

Geschäftsführender
Gesellschafter
Arnold Jäger Holding GmbH

Dirk Kapenhagen

Bundesgeschäftsführer
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Stephan Karl

Geschäftsführer
Tetra Pak GmbH

Dr. Johannes F. Kirchhoff

Managing Partner
KIRCHHOFF Group

Susanne Klöß-Braekler

Vorsitzende des Aufsichtsrates
ING-DiBa AG

Mihajlo Kolakovic

Inhaber
Kolakovic & Partner
Personalberatung

Rüdiger Kuhn

Vorstandsvorsitzender / VP
Materials Central Europe
CEMEX Deutschland AG

Dr. Helge Lach

Mitglied des Vorstands
Deutsche Vermögensberatung AG

Prof. Dr. Stefan Liebing

Geschäftsführer
Conjuncta GmbH

Andreas Mau

Geschäftsführer/Partner
MÖHRLE HAPP LUTHER
Partnerschaft mbH

Philipp Meyer

Gesellschafter und
Geschäftsführer
Meyer Consulting
GmbH & Co. KG

Dr. Andreas Möller

Leiter
Unternehmenskommunikation
und Politik
TRUMPF SE + Co. KG

Hildegard Müller

Präsidentin
Verband der Automobilindustrie
e.V. (VDA)

Jörg Müller-Arnecke

Geschäftsführer
Velum Verwaltungs GmbH

Thorsten Pötke

Geschäftsführender
Gesellschafter
EVG Grundbesitz GmbH u. Co.
KG

Florian Rentsch

Vorsitzender des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Dr. Franz J. Ruder

Managing Director
Underberg AG

Joachim Rumstadt

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Rheinkalk GmbH

Sirko Scheffler

Geschäftsführer
brain-SCC GmbH

Dieter Schmidt

Vorstand
Hegemann-Reiners SE

Dr. Dirk Schröter

Geschäftsführer Personal/
Arbeitsdirektor
MIBRAG GmbH

Sven Schulz

Vorsitzender der
Geschäftsführung
Schulz Group GmbH

Oliver Schwegmann

CEO/Vorstand
Berentzen Gruppe AG

Detlev Seeliger

Geschäftsführender
Gesellschafter
MOCOM GmbH

Prof. Dr. Kristina Sinemus

Staatsministerin
Hessisches Ministerium für
Digitalisierung und Innovation

Rene S. Spiegelberger

Stiftungsgründer
Spiegelberger Stiftung

Johannes-Georg Voll

Rechtsanwalt

Hans-Ullrich Werner

Geschäftsführender
Gesellschafter
MAVEG mbH

Thomas Wolff

Vorsitzender des Beirats
wolfcraft GmbH

David Zimmer

Geschäftsführer
Kalodion GmbH

Dr. Reinhard Christian Zinkann

Geschäftsführender
Gesellschafter
Miele & Cie. KG

Dr. Marc Zoellner

Geschäftsführender
Gesellschafter
Accumulatorenwerke Hoppecke
Carl Zoellner & Sohn GmbH

Gäste aus dem Jungen Wirtschaftsrat

Caroline Bosbach

Bundesvorsitzende des
Jungen Wirtschaftsrates

Thomas Duesmann

Stellvertretender Bundesvorsitzender
des Jungen Wirtschaftsrates
Manager Projects EMEA Steinway & Sons

Jesse Jeng

Geschäftsführer SCALEHOUSE Capital
Management GmbH

Dennis Lenhard

Geschäftsführer PLACE Strategy GmbH

Jasmin Kolakovic

HR-Consultant Kolakovic & Partner
Personalberatung

Simon Zschau

Stellvertretender Bundesvorsitzender
des Jungen Wirtschaftsrates
Gesellschafter A.C.O.S. Bergmann Ventures
GmbH



Bundesfachkommissionen

Beirat Familienunternehmen



VORSITZ:

Bettina Würth

Vorsitzende des Beirats
Würth Gruppe
Adolf Würth GmbH & Co. KG

STELLV. VORSITZ:

Jan-Hendrik Goldbeck

Geschäftsführender Gesellschafter
GOLDBECK GmbH

Bonita Grupp

Geschäftsführende Gesellschafterin
TRIGEMA Inh. W. Grupp e.K.

Dr. Tim Kannewurf

Mitglied des Aufsichtsrates
Schnellecke GmbH AG & Co. KG

■ Fachgebietsleiter:
Robert Schoder

Industriebeirat



VORSITZ:

Tobias Jerschke

Vorsitzender der Geschäftsleitung
Kühne & Nagel (AG & Co.) KG

STELLV. VORSITZ:

Dr. Erik Eschen

CEO
Vacuumschmelze GmbH & Co. KG

Michael Frick

CFO
ZF Friedrichshafen AG

■ Bereichsleiter:
Dr. Michael Garmer

Wissenschaftlicher Beirat



VORSITZ:

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld

Direktor des Walter
Eucken Instituts

■ Referent:
Florian Rauchfuß

Internationaler Kreis



VORSITZ:

Dr. Jürgen M. Geißinger

Mitglied des Aufsichtsrates
Bizerba SE & Co. KG

STELLV. VORSITZ:

Claudia Dierig

Geschäftsführerin
ThermoFisher Deutschland

Simone Menne

Präsidentin
American Chamber of Commerce
in Germany

Stephan Tahy

Vorstandsvorsitzender
DURAVIT AG

■ Referent:
Florian Rauchfuß

Innovationsforum



VORSITZ:

Petra Justenhoven

Sprecherin der Geschäftsführung
PwC Deutschland & PwC Europe

■ Fachgebietsleiter:
Maik Hofmann

Arbeitsmarkt und Alterssicherung



VORSITZ:

Hans Joachim Reinke

Vorstandsvorsitzender
Union Asset Management
Holding AG

STELLV. VORSITZ:

Manfred Bauer

Vorstand
MLP AG

Jörg Münning

Vorstandsvorsitzender
LBS Westdeutsche Bausparkasse

Dr. Volker Priebe

Vorstand Allianz
Lebensversicherungs-AG

Jan Ole Schneider

CFO
Ranstad Gruppe Deutschland

■ Mitglied der Geschäftsleitung/
Bereichsleiter:
Dr. Holger Fricke



Bau, Immobilien und Smart Cities



VORSITZ:
Lars von Lackum
 Vorstandsvorsitzender
 LEG Immobilien SE

STELLV. VORSITZ:
Dr. Claus Lehner
 Vorsitzender der Geschäftsführung
 Dawonia Real Estate GmbH & Co. KG

Dr. Hagen Lessing
 Chief Executive Officer
 ista SE

■ Bereichsleiter:
 Thomas Friesecke

Digital Health



VORSITZ:
Dr. Frank Wartenberg
 President Central Europe
 IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG

STELLV. VORSITZ:
Annabritta Biederbick
 Mitglied der Vorstände
 Debeka Versicherungen

Bernd Christoph Meisheit
 Geschäftsführer
 Sana IT Services GmbH

Dr. Ulrich Thomé
 Geschäftsführender Direktor
 Ambulatory Information Systems DACH
 CompuGroup Medical SE

■ Fachgebietsleiterin:
 Prof. Dr. Dörte Busch

Energiepolitik



VORSITZ:
Nikolaus Valerius
 CEO
 RWE Generation SE

STELLV. VORSITZ:
Stephan Frense
 Geschäftsführer
 ARGE Netz GmbH & Co. KG

Dr. Urban Keussen
 Vorstand
 EWE AG

■ Bereichsleiter:
 Dr. Michael Garner

Cybersicherheit



VORSITZ:
Prof. Timo Kob
 Vorstand
 HiSolutions AG

STELLV. VORSITZ:
Paul Kaffsack
 Geschäftsführer
 Myra Security GmbH

Uwe Probst
 Managing Partner
 Deloitte GmbH
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Olaf Janßen
 Managing Director Germany
 Sopra Steria

■ Fachgebietsleiter:
 Maik Hofmann

Energieeffizienz



VORSITZ:
Dr. Tillmann von Schroeter
 Geschäftsführer
 Vaillant Deutschland

STELLV. VORSITZ:
Ingo Alphéus
 Geschäftsführer
 Elevion GmbH

Jörg A. Gerdes
 Geschäftsführender Gesellschafter
 CLAGE GmbH

Stephan Segbers
 Vorstandsmitglied
 RheinEnergie AG

■ Referentin:
 Lilli Ann Maicher

Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik



VORSITZ:
Lutz Diederichs
 Chairman of the Group
 Management Board Germany
 BNP Paribas Group

STELLV. VORSITZ:
Oliver Behrens
 CEO
 flatexDEGIRO AG

■ Bereichsleiter:
 Christophe Darley



Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



VORSITZ:

Marco R. Fuchs

Vorstandsvorsitzender/CEO
OH B SE

STELLV. VORSITZ:

Ralf Ketzel

CEO
Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG

Dr. Jens Bodo Koch

CEO
Heckler und Koch GmbH

Dr. Gundbert Scherf

CO-CEO u. Gründer Helsing

■ Fachgebietsleiter:
Jan Jacobs

Handel und Konsumgüter



VORSITZ:

Christoph Werner

Vorsitzender
dm-drogerie markt GmbH + Co. KG

STELLV. VORSITZ:

Robert Heinemann

Managing Director
ECE Group Services GmbH & Co. KG

■ Bereichsleiter:
Thomas Friebecke

Internet und Digitale Wirtschaft



VORSITZ:

Florian Roth

CDO & CIO
SAP SE

STELLV. VORSITZ:

Werner Rieche

Managing Director Germany
Opentext

■ Bereichsleiter:
Daniel Langen

Gesundheitswirtschaft



VORSITZ:

Joachim Gemmel

Co-Vorsitzender
Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ:

Rainer Berthan

Vorstandsvorsitzender
Bauerfeind AG

Dr. Stephan Eder

EVP European Markets & Germany
STADA Arzneimittel AG

■ Fachgebietsleiterin:
Prof. Dr. Dörte Busch

Handel, Ernährung und Verbraucherschutz



VORSITZ:

Christoph Pohl

Vorstand Einkauf International
Lidl Stiftung & Co. KG

STELLV. VORSITZ:

Alexander von Maillot

Vorsitzender des Vorstandes
Nestlé Deutschland AG

Markus Mosa

Vorsitzender des Vorstandes
EDEKA ZENTRALE AG & Co. KG

■ Bereichsleiter:
Thomas Friebecke

Künstliche Intelligenz



VORSITZ:

Christian Korff

Managing Director
Cisco Deutschland

STELLV. VORSITZ:

Prof. Dr. Marco Barenkamp

Gründer und stellv.
Aufsichtsratsvorsitzender
LMIS AG

Walter Dopplmaier

Geschäftsführer
Autodesk

■ Bereichsleiter:
Daniel Langen



Steuern



VORSITZ:

Ulrich Ackermann

Bereichsvorstand Tax
Head of Industrial Manufacturing
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

STELLV. VORSITZ:

Ralf Chalupnik

Chief Tax Policy
Allianz SE

Dr. Achim Dannecker

Rechtsanwalt und Steuerberater/Partner
Gleiss Lutz

Frank W. Grube

Steuerberater/Partner
Pape&Rahn Steuerberatungsgesellschaft

Referent:
Johan Stolte

Umwelt- und Klimapolitik



VORSITZ:

Detlev Woesten

Geschäftsführer
H&R GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ:

Philipp Schlüter

Vorstandsvorsitzender
Trimet Aluminium SE

Carsten Franzke

Geschäftsführer
SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH

Fachgebietsleiter:
Robert Schoder

Europäische Fachkommissionen

Finance



VORSITZ:

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
Deutsche Bank AG u. Aufsichtsratsvorsitzender
Bayer AG

STELLV. VORSITZ:

Albrecht Kiel

Regional Managing Director
Central Europe Visa Europe

- Leiter Verbindungsbüro Brüssel:
Friedrich von Heusinger
- Bereichsleiter:
Christophe Darley

Energy



VORSITZ:

Dr. Michael Strugl

Vorsitzender des Vorstands
Verbund AG

STELLV. VORSITZ:

Oliver Tuszik

Europa-Chef
Cisco

- Leiter Verbindungsbüro Brüssel:
Friedrich von Heusinger
- Bereichsleiter:
Christophe Darley

Digital Age



VORSITZ:

Lars Reger

CTO
NXP Semiconductors

- Leiter Verbindungsbüro Brüssel:
Friedrich von Heusinger
- Bereichsleiter:
Christophe Darley

Task Force Health



VORSITZ:

Anna Brodowsky

Vice President, Essity AA

STELLV. VORSITZ:

Alexandra Bishop

Geschäftsführerin, AstraZeneca GmbH

- Leiter Verbindungsbüro Brüssel:
Friedrich von Heusinger
- Bereichsleiter:
Christophe Darley



Bundesarbeitsgruppen

Digital Finance



VORSITZ:
Karl Matthäus Schmidt
 Vorstandsvorsitzender
 Quirin Privatbank AG

STELLV. VORSITZ:
Dr. Tamaz Georgadze
 Geschäftsführer
 Raisin Bank GmbH

Marcus W. Mosen
 Aufsichtsrat
 N26 AG

■ Bereichsleiter:
 Christophe Darley

Energie für Mobilität



VORSITZ:
Gero Schulze Isfort
 Geschäftsführer
 Bernard Krone Beteiligungs GmbH

STELLV. VORSITZ:
Frederick Beckmann
 Geschäftsführer
 Q1 Energie AG

Thomas Korn
 Geschäftsführer
 KEYON GmbH

■ Referentin:
 Lilli Ann Maicher

Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau



VORSITZ:
Marc Reinhardt
 Executive Vice President
 Public Sector Global Industry Leader
 Capgemini

STELLV. VORSITZ:
Christian Bertmann
 Managing Director
 Accenture GmbH

■ Referent:
 Florian Rauchfuß

Digitale Infrastruktur



VORSITZ:
Valentina Daiber
 Vorstand
 Telefonica Germany

■ Fachgebietsleiter:
 Maik Hofmann

Krankenhausreform



VORSITZ:
Michael Dieckmann
 COO und Mitglied des Vorstandes
 AMEOS Gruppe

STELLV. VORSITZ:
Franzel Simon
 Klinikgeschäftsführung Helios
 Hansekllinikum Stralsund

■ Referent:
 Rikard Berisha

Pflege



VORSITZ:
Thomas Flotow
 Geschäftsführer
 PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH

STELLV. VORSITZ:
Jasmin Arbabian-Vogel
 Geschäftsführende Gesellschafterin
 Interkultureller Sozialdienst GmbH

Dr. Erik Hamann
 CEO
 Opseo Holding B.V.

Andreas Mörsberger
 Sprecher des Vorstands
 Johannisstift Diakonie gAG

■ Referent:
 Rikard Berisha



Private Altersvorsorge



VORSITZ:
Ralf Berndt
 Vorstand
 Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

STELLV. VORSITZ:
Dr. Helge Lach
 Vorstand
 Deutsche Vermögensberatung

- Mitglied der Geschäftsleitung/
 Bereichsleiter:
 Dr. Holger Fricke

Staatsfinanzen



VORSITZ:
Patricia Lips MdB
 Stellv. Fraktionsvorsitzende
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion

STELLV. VORSITZ:
Dr. Carsten Lehr
 Geschäftsführer a.D.
 Bundesrepublik-Finanzagentur GmbH

- Referent:
 Johan Stolte

Mehr Privat für einen starken Staat



VORSITZ:
Erhard Weimann
 Staatssekretär a.D.
 EGW STRATEGIE-BERATUNG

STELLV. VORSITZ:
Stefan Blohm
 Aufsichtsrat
 Lotto24 AG

Dr. Dirk Quermann
 Geschäftsführer
 Merkur Media GmbH

- Bevollmächtigter des Generalsekretärs:
 Dr. Rainer Gerding
- Fachgebietsleiter:
 Jan Jacobs

Rohstoffpolitik



VORSITZ:
Volker Backs
 Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
 Speira GmbH

STELLV. VORSITZ:
Thomas Maier
 Geschäftsführer
 MAIREL Edelmetallgesellschaft mbH

Dr. Julia Hobohm
 Geschäftsführerin
 Gemeinsames Rücknahmesystem
 Servicegesellschaft mbH

- Fachgebietsleiter:
 Robert Schoder

Startups meets finance



VORSITZ:
Stephanie Renda
 Gründerin/Geschäftsführerin
 Moinland

STELLV. VORSITZ:
Stefan Drüssler
 Geschäftsführer COO
 UnternehmerTUM/GmbH

- Bereichsleiter:
 Daniel Langen



Bundesgeschäftsführung



Wolfgang Steiger
Generalsekretär
Mitglied des Präsidiums



Dirk Kappenhagen
Bundesgeschäftsführer
Mitglied des
Bundesvorstandes



Simon Steinbrück
Geschäftsführer
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik



Anne Schaaf
Geschäftsführerin
Finanzen und Controlling



Klaus-Hubert Fugger
Geschäftsführer
Presse und Kommunikation
(bis 31.12.2024)



Johannes Gunst
Geschäftsführer
Presse und Kommunikation
(ab 01.01.2025)



Dr. Timm Krohn
Geschäftsführer Personal,
Organisation, IT
(ab 01.01.2025)

Mitglieder der Geschäftsleitung



Dr. Holger Fricke
Stellv. Leiter
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik



Richard Yates
Leiter Mitgliedergewinnung



Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

Bild

08.01.2024

„Immer neue Ad-hoc-Maßnahmen der Ampelkoalition sind das Gegenteil von verlässlicher Wirtschaftspolitik“, sagt er. „Statt den **Bauernprotesten** rechtsradikale Tendenzen anzudichten, sollten vielmehr die eigentlichen Gründe für die Proteste im Fokus stehen, und die gehen weit über den Agrardiesel hinaus. Das wiederholte Ignorieren der Ursachen von Unmut hat zum Erstarken populistischer Parteien geführt“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU.

TV Berlin

01.02.2024

Wir brauchen keine Degrowth-Strategie wie sie Wirtschaftsminister Habeck propagiert. Ohne Wachstum werden wir die **Dekarbonisierung** nicht schultern und auch die demographischen Herausforderungen nicht meistern können“, sagt Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, in der Sendung AUF DEN PUNKT bei TV Berlin.

Die Welt

05.02.2024

Grund für den Widerstand von Ländern und Kommunen ist, dass sie den Großteil der Einnahmeausfälle aus den geplanten **steuerlichen Entlastungen** für Firmen tragen müssten. „Es ist geradezu empörend, dass von den angekündigten sieben Milliarden Euro Entlastung für die Wirtschaft nun vielleicht nur drei Milliarden Euro oder gar noch weniger realisiert werden“, kritisierte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Börsen-Zeitung

06.02.2024

Deutschland hat sich in der **Energiepolitik** verzettelt, schreibt Wolfgang Steiger, Wirtschaftsrats-Generalsekretär im Gastkommentar. Ein Konzept sei nötig, das Marktwirtschaft und Klimaschutz verbindet sowie Wettbewerb und Technologieoffenheit.

Süddeutsche Zeitung

08.02.2024

In der Branche löst die FDP-Blockade teils Verwunderung aus. Vielen großen Lkw-Herstellern und Spediteuren geht es vor allem um Planungssicherheit und eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes. Der Wirtschaftsrat hält dagegen: „Die geplante **Heraufsetzung der CO₂-Minderungsziele** auf 90 Prozent bis 2040 ist völlig illusorisch“, so Generalsekretär Wolfgang Steiger

Frankfurter Allgemeine Zeitung

30.03.2024

„Die Länder sollten hinter der Schuldenbremse stehen. Eine **solide Ausgabenpolitik** und die Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft stehen für Glaubwürdigkeit, Generationengerechtigkeit und ein höheres Wachstum“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Bild

08.04.2024

Die Kritik an den Plänen von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für ein **Verbrenner-Aus ab 2035** reißt nicht ab! Wolfgang Steiger, Generalsekretär: „Das Datum des Verbrennerverbots in elf Jahren ist völlig unrealistisch.“ Zunächst müsste E-Autos günstiger und mit ausreichenden Reichweiten konkurrenzfähig sein. Zudem fehlt die Ladeinfrastruktur, vor allem für Schnelllade-Vorgänge.“

Rheinische Post

22.05.2024

Der Wirtschaftsrat und der Verein Klimaunion warnen vor einer „Kostenexplosion bei der Energiewende“. In einem Positionspapier verweisen sie darauf, dass die Offensive bei der **Energieinfrastruktur enorme Kosten** verursachen werde – vom Bau neuer Übertragungsleitungen über den Ausbau von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen bis zur Wasserstoffinfrastruktur. Die meisten Kosten „werden sich letztlich im Strompreis wiederfinden und die einzelne Kilowattstunde verteuern“, heißt es in dem Papier, das unserer Redaktion exklusiv vorliegt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

12.06.2024

„Wir brauchen eine völlig neue Ausrichtung der Politik. Die bisherige **Europäische Kommission** war eine regulatorische Kommission, die nächste muss wachstumsorientiert sein“, fordert Präsidentin Astrid Hamker.

Die Welt

19.07.2024

Die Linkspopulisten werden zum Standortrisiko. Ähnlich bewertet auch der Wirtschaftsrat die neue Partei. „Die Vorstellungen Sahra Wagenknechts passten nicht in die kritische Lage, wo man sich Sorgen um die **Wettbewerbsfähigkeit** Deutschlands und damit um die Arbeitsplätze machen müsse“, sagt Wolfgang Steiger, der Generalsekretär des Wirtschaftsrates.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

03.08.2024

1250 Milliarden Euro für Soziales. Der Wirtschaftsrat forderte die Regierung auf, vor allem „zusätzliche **ideologische Sozialprojekte** wie die Kindergrundsicherung von der Tagesordnung zunehmen“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

17.08.2024

Einen grundlegenden **Kurswechsel der Arbeitsmarktpolitik** fordert nun der Wirtschaftsrat. „Für den Sprung möglichst vieler Transferempfänger in Beschäftigung ist ein flexiblerer Arbeitsmarktraum erforderlich“, sagt Generalsekretär Wolfgang Steiger.



Cicero

19.08.2024

Die EU steht vor einer entscheidenden Phase in ihrer industriellen Entwicklung. Insbesondere die **Wettbewerbsfähigkeit der EU** muss im Vordergrund stehen, ökologische Ziele müssen mit wirtschaftlicher Realität vereint werden. Das gilt auch für den „Green Deal“. Ein Gastbeitrag von Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates.

Tagesspiegel Background

17.09.2024

„Die **Start-up-Strategie** der Bundesregierung braucht ein Update“, sagt Präsidentin Astrid Hamker. Die Wachstumsindikatoren für den Sektor seien zuletzt negativ ausgefallen und es mangle unter anderem an Kapital für große Finanzierungsrunden, hoch qualifizierten Mitarbeitern und Ausgründungen.

Handelsblatt

25.09.2024

Der Wirtschaftsrat warnt vor höheren Netzentgelten. In einem Schreiben an Klaus Müller, den Präsidenten der Bundesnetzagentur, warnt der Wirtschaftsrat vor den Folgen der geplanten **Reform der Stromnetzentgelte** für die Industrie. Sollte die energieintensive Industrie wegen höherer Kosten ins Ausland abwandern, würden den Netzbetreibern künftig erhebliche Deckungsbeiträge für die Finanzierung der Netze fehlen.

Südwest Presse

30.10.2024

Der Wirtschaftsrat kritisiert, dass die Ampel bei wichtigen Zukunftstechnologien den Rotstift ansetze. So will die Bundesregierung etwa die Förderung für die **Batterieforschung** zusammenstreichen. „Die Batterie steht für rund 40 Prozent der Wertschöpfung eines Elektrofahrzeugs, damit steht und fällt die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“, sagt Wolfgang Steiger.

Fuldaer Zeitung

26.11.2024

Sicher ist es der bequemste Weg, erneut mehr Geld von Bürgern und Staat zu fordern als Strukturen wie Programme zu straffen und nach Einsparpotentialen zu suchen. Die Ausgabenstruktur der **öffentlichen Rundfunkanstalten** ist exzessiv – das stellt die Legitimation des gesamten Systems infrage.

Merkur.de

9.12.2024

Der Wirtschaftsrat hat sich gegen die Einführung einer **Zuckersteuer** auf Erfrischungsgetränke ausgesprochen. „Die Effekte einer solchen Steuer sind äußerst zweifelhaft. Bei der Einführung in Dänemark reduzierten fast nur Menschen mit hoher Selbstkontrolle ihren Konsum“, betonte Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates.

Impressum

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Dirk Kappenhagen, Simon Steinbrück, Johannes Gunst

Bearbeitung:

Geschäftsbereich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Geschäftsbereich Presse und Kommunikation

Herstellung:

Unterleider Medien GmbH, Max-Planck-Str. 16, 63322 Rödermark

Bildnachweis:

Titelbild: Jens Schicke; S. 3–23: Jens Schicke, Hans-Christian Plambeck, Christian Kruppa; S. 4: Tobias Koch, CDU Rheinland-Pfalz; S. 6: Tobias Koch; S. 8: Jens Schicke, FDP; S. 9: Tobias Koch; S. 10: Europäisches Parlament; S. 11: Tobias Koch; S. 12: Europäisches Parlament, Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag/Kaminski; S. 13: Jens Schicke, Würth-Gruppe, CECONOMY, ING-DiBA, Bauwens GmbH & Co. KG, Bauerfeind AG, Karl-J. Kraus & Partner, Deutsche Börse AG, Bizerba SE, Asklepios, Roland Koch, Bitburger, Rudolf Lichtwerbung, SAP SE, Fraport AG, Deutsche Bank AG, Tobias Koch, STIHL AG, Verbund AG; S. 15: Würth Gruppe, Kühne & Nagel, Bildkraftwerk, MTU Aero Engines, PwC, Union Asset Management; S. 16: LEG, IQVIA, RWE Generation SE, HiSolutions, Vaillant, BNP Paribas Group; S. 17: OHB, dm-drogerie markt, SAP, Nele Martensen, LIDL Stiftung & Co. KG, Cisco; S. 18: KPMG, H&R, Deutsche Bank AG, Verbund AG, NXP, Essity AA; S. 19: Quirin, Bernhard Krone Beteiligungs GmbH, Capgemini, Telefónica, AMEOS, Pflegen & Wohnen; S. 20: Stuttgarter Versicherungen, CDU Deutschland, EGW Strategie-Beratung, Speira; S. 21: Jens Schicke, privat, HPI

Stand:

07. Januar 2025



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-0
Telefax 030/24087-405
www.wirtschaftsrat.de
info@wirtschaftsrat.de